

Echo der Arbeit

HUTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT



4

Verlagspostamt Oberhausen/Rheinland
Nur für Betriebsangehörige · März 1958



Außenstehende, die mit der bei uns praktizierten Sozialpolitik nicht allzusehr vertraut sind, neigen leicht zu der Ansicht, daß in unserem Werk rigores soziale Errungenschaften abgebaut wurden, die sich die Arbeiter in jahrzehntelangen Bestrebungen erkämpft haben. Diese Kritiker übersehen zumeist, daß die Aufwendungen für soziale Leistungen keineswegs abgebaut, sondern nur verlagert worden sind. Nach wie vor steht — stärker als je zuvor — der Mensch und seine Gesunderhaltung an der Spitze aller sozialen Bestrebungen. Der Mensch im Betrieb — mitdenkend, klar schauend, selbstbewußt — ist nicht mehr namenlose Arbeitskraft wie im vorigen Jahrhundert, nicht mehr Nummer unter Nummern wie im kollektivistischen Wirtschaftssystem des Ostens. Sein Wohl und die Erhaltung seiner Gesundheit sind die höchste soziale Leistung, die ein Betrieb erzielen kann. Um es mit einem vielgebrauchten Schlagwort zu sagen: der Mensch steht im Mittelpunkt. Um diesen Gedanken erneut zu formulieren, wählten wir als Titelbild für diese Ausgabe das Porträt eines der unsrigen — kein „Gesicht in der Menge“, sondern ein Kollege, ein Arbeitskamerad, der sich des Wertes seiner Arbeit und darum seines eigenen Wertes bewußt ist: Heinrich Clemens aus dem Hochofenbetrieb. Er steht für die vielen anderen, die mit ihm ihre Arbeit tun, jeder an seinem Platz, jeder gleich wichtig für das Funktionieren des Betriebes und seiner Anlagen.

JAHRGANG 9 8. MÄRZ 1958 4

- Wirtschaftliche Aspekte
der Unfallverhütung
- *
 - Sorgenkind Bundeshaushalt
- *
 - Bundestag debattierte Lohnfortzahlung
- *
 - Angestellten-Krankenstand
recht hoch!
- *
 - Der Werksarzt spricht:
Sind Sie Kettenraucher?
- *
 - Die Bücherkiste
- *
 - Zum Thema Verkehrssicherheit:
Würden Sie sich richtig verhalten haben?

ECHO DER ARBEIT

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger, Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Manfred Okroy, Oberhausen (Rheinland), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung). ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen AG. Die Zustellung erfolgt kostenlos. — Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten, Oberhausen (Rhld.), Klischees: Vignold, Essen.

Das große Unbehagen

Daß die Konjunktur, deren hochgehende Woge unser Wirtschaftsschiff während der letzten Jahre in die Vollbeschäftigung hineinschaukelte, in jüngster Zeit einen Rückschlag erfährt, ist nicht zu übersehen. Aufmerksamer als zur Zeit des großen Booms sind die Blicke auf die USA gerichtet, gelten doch die Vereinigten Staaten gewissermaßen als Konjunkturbarometer der Weltwirtschaft, zumindest so weit, wie dies die Volkswirtschaften der freien Welt betrifft. So landen die Wellen, die die wirtschaftliche Entwicklung in der Neuen Welt schlägt, nach einiger Zeit diesseits des großen Teiches und bestimmen mit ziemlicher Sicherheit die großen Auf- und Abbewegungen auch unserer Wirtschaft.

Deshalb darf es nicht verwundern, daß nicht wenige Leute in der Bundesrepublik von Unbehagen erfüllt sind, wenn sie sich vor Augen halten, daß die Arbeitslosen-ziffer in den USA inzwischen auf fünf Millionen gestiegen ist. Augenscheinlich begannen in der als saisonempfindlich bekannten amerikanischen Automobilindustrie im Spätsommer des vergangenen Jahres die Krisenerscheinungen, die dann alsbald auch die wichtigste Zuliefererindustrie, die Eisen- und Stahlindustrie, erfaßten. Hinzu kam der tiefgreifende Abbau der Lagerbestände der übrigen großen Stahlkonsumenten, die sich in Voraussicht auf die Stahlpreiserhöhung vom 1. Juli letzten Jahres auf Monate hinaus mit Vorräten eingedeckt hatten. Die Nachfrage ließ stark nach. Die Folge war, daß man in einigen Werken gezwungen war, Hochöfen stillzulegen und die Stahlproduktion gedrosselt wurde. Selbst weniger konjunkturrempfindliche Großkonzerne, wie die US Steel Corp., die Bethlehem Steel Corp. und die Republic Steel Corp., mußten Arbeitskräfte entlassen. — Wer will es verdenken, daß der bloße Gedanke hieran insbesondere bei den Älteren von uns bange Erinnerungen auftauchen läßt an die große Wirtschaftskrise vor mehr als 25 Jahren, die am 20. Oktober 1929, an dem mittlerweile legendär gewordenen „Schwarzen Freitag“, an der New Yorker Börse ihren Anfang nahm.

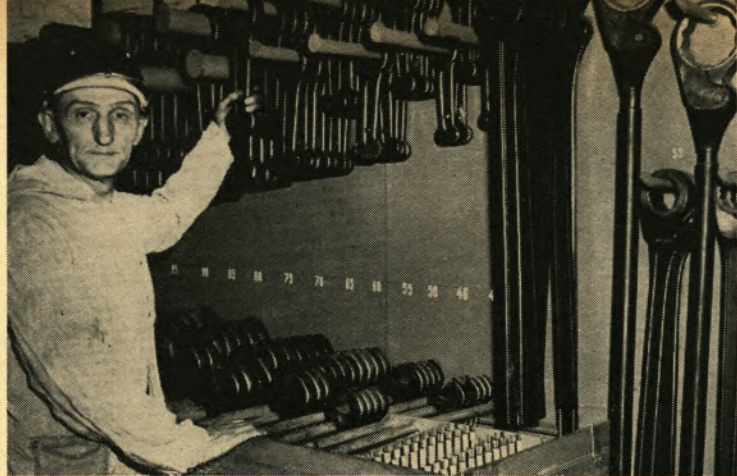
Obwohl die öffentliche Meinung in Amerika keineswegs geneigt ist, die gegenwärtigen Krisenmomente zu bagatellisieren, sieht man allerdings auch keinen Anlaß zu Pessimismus. Es sei, so liest man in den amerikanischen Zeitungen, eine leichte Baisse, eine „Recession“, etwa vergleichbar der von 1953/54. Amerikanische Wirtschaftspolitiker weisen darauf hin, daß jedoch jeder Vergleich mit 1929 hinken müsse, weil die augenblickliche Krise unter Kontrolle sei (New York Herald Tribune: „Es steht außer Zweifel, daß dies die schärfstkontrollierteste Baisse der Wirtschaftsgeschichte ist.“), während man 1929 ohne die geringste Sicherung in die große Depression förmlich hineingeschliddert sei. Sicherlich ist eine „Notbremse“ vorhanden, und man meint damit nicht zuletzt die dem Staat heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung, deren Für und Wider jedoch an dieser Stelle nicht erörtert werden soll. Gewiß aber ist die Tatsache schon eine Beruhigung, daß die Amerikaner sich eine größere Krise allein aus politischen Gründen einfach nicht erlauben können. Die Worte Chruschchows, wonach es zur Niederringung des Westens keiner einzigen Atombombe bedürfe, weil im kapitalistischen Wirtschaftssystem der Untergang der westlichen Welt ohnehin über kurz oder lang begründet liege, werden im „freiesten Land der Welt“, wie die US-Bürger ihr Land gern nennen, bestimmt nicht auf taube Ohren gestoßen sein.

Solange das Ausmaß der amerikanischen „Recession“ noch ungewiß ist, sind natürlich Prognosen für Europa und speziell für die Bundesrepublik doppelt vage. Schließlich aber scheint die Befürchtung übertrieben, daß, wenn Amerika einen Schnupfen habe, Europa eine Lungenentzündung bekomme. Im großen und ganzen beurteilt man in Westdeutschland die Lage mit Gelassenheit. Bundeswirtschaftsminister Erhard vertritt die Ansicht, daß trotz des rückläufigen Trends der Konjunktur kein Grund zu Schwarzmalerei bestehe, wenngleich auch für die nächste Zeit mit einem schärferen Wettbewerb gerechnet werden müsse. In diesem Zusammenhang sollte man daher ruhig noch einmal betonen, daß die anhaltende Hochkonjunktur der letzten Jahre alles andere als normal war und daß demzufolge immer wieder die Rede davon war, daß die „goldene Zeit der Prosperität“ nicht von Ewigkeit sein könne. Darüber hinaus äußerte sich der Vizepräsident der Hohen Behörde, Albert Coppé, geradezu optimistisch. Obschon er das Anwachsen der Kohlenhalden und die Schwierigkeiten auf dem Stahlmarkt nicht zu verkennen scheint, meint er, daß ein nennenswerter Konjunkturrückschlag im Bereich der Montanunion nicht zu befürchten sei. Gleichzeitig wies Coppé auf die gute Stahlbilanz des Jahres 1957 hin: „Das bemerkenswerteste Ergebnis ist, daß die Stahlerzeugung in der Montanunion im vergangenen Jahr fast 60 Mill. t erreichte, was eine Zunahme um mehr als 5 Prozent gegenüber 1956 und um 43 Prozent gegenüber 1952, dem letzten Jahr vor der Errichtung des Gemeinsamen Marktes bedeutet. 1956 und 1957 war die Zunahme der Stahlproduktion in der Montanunion größer als in den Vereinigten Staaten und in der UdSSR; für die Zeit von 1952 bis 1957 wurde sie lediglich von der Sowjetunion übertroffen.“

Da die Sprache nun einmal auf die Montanunion gekommen ist, so muß — wenn heute für die ersten fünf Jahre eine Bilanz aufgestellt wird — allgemein festgestellt werden, daß die wirtschaftliche Wirklichkeit in vielen Punkten anders aussieht, als sie bei Eröffnung des Gemeinsamen Marktes erwartet worden war. Für die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie haben sich neben einigen gewiß nicht zu verkennenden Vorteilen auch mancherlei Nachteile ergeben. Ein Beispiel dafür gibt die augenblickliche Lage: Die guten Ergebnisse der westdeutschen Werke der letzten Zeit sind zu einem erheblichen Teil auf die Exporterlöse zurückzuführen. Nachdem nun die Exporte stark nachgelassen haben, bleibt die Hoffnung auf das Inlandgeschäft gerichtet. Dabei aber ist zu befürchten, daß einige unserer Montanunionspartner die zur Zeit noch relativ gute Inlandkonjunktur in der Bundesrepublik durch verstärkte Lieferungen nach Westdeutschland ausnutzen werden. Sorgen bereitet den westdeutschen Hüttenwerken deswegen die französische Währungsmanipulation, die es den französischen Werken gestattet, in der Bundesrepublik zu erheblich niedrigeren Preisen als den deutschen Inlandpreisen anzubieten. Ganz abgesehen davon, daß die sogenannte Einstandsklausel es dann auch den weiteren Mitgliedern der Montanunion (vor allem sind Belgien und Luxemburg zu nennen) ermöglicht, als Konkurrenten auf dem deutschen Markt aufzutreten. Das dürfte die Lage noch unsicherer machen, da abgesehen von den durch die Währungsmaßnahmen beeinflussten französischen Stahlpreisen die deutschen Preise noch durchweg die niedrigsten im Montanunionsraum sind. Zu der Besorgnis, die die rückläufige Konjunktur heraufbeschwört, kommen für die westdeutsche eisen-schaffende Industrie also noch die Schwierigkeiten aus dem Gemeinsamen Markt, dessen eigentliche Bewährungsprobe wohl noch bevorsteht.

Nicht zuletzt ist es die Preis- und Lohnsituation, die auf die Stimmung in der Bundesrepublik drückt. Während die Lebenshaltungskosten steigen — und das ist das bemerkenswerte bei diesem Rückschlag, daß die Preise nicht nachgeben —, fordern die Gewerkschaften höhere Löhne. Dazwischen ertönt der Ruf nach krisenbewußtem Verhalten. Man fragt sich besorgt, was wohl werden wird. Im Augenblick gibt es keinen Menschen, der mit Sicherheit den weiteren Verlauf der Wirtschaftsentwicklung voraussagen könnte, trotz aller Ökonomeprognostik und vieler Lehrstühle für Konjunkturpolitik. Trotz allem: So wenig Grund während der letzten Jahre bestand, um „himmelhoch jauchzend“ zu jubilieren, so wenig Anlaß scheint heute zu bestehen, um „zu Tode betrübt“ zu resignieren.

K. H. S.



Schnappschüsse

Das ist Jakob Vogt vom Maschinen- und Werkstättenbetrieb Stahl- und Walzwerke. Kollege Vogt erhielt eine ansehnliche Prämie für seine Verbesserungsvorschläge, nach denen übersichtliche Regale für Schraubenschlüssel, Öl-, Fett- und Wasserschläuche sowie für Preßluft-Werkzeuge gebaut wurden. Auf unserem Bild sehen wir ihn vor dem nach seinen Plänen konstruierten Schraubenschlüssel-Regal.



Die Kamine der ehemaligen Brammenöfen 2 und 3 und der abgebrochenen Kesselanlage Blechwalzwerk werden abgerissen. Die Abgase von Ofen 3 und Tiefofen gehen durch den Blechschornstein (hinten).



Das neue Stellwerk WO steht im Rohbau. Der Neubau nimmt nach seiner Fertigstellung das alte Stellwerk WO und das Schrankenhaus auf. Das jetzige Schrankenhaus (rechts) ist nur ein Provisorium.



Fünfzig Fahrräder können in den neuen Ständern gegenüber dem Seiteneingang der Hauptverwaltung abgestellt werden. Besucher der Krankenkasse und der übrigen Stellen begrüßen diese Neuerung.



Die Diamantene Hochzeit feierte am 18. Februar 1958 Pensionär Johann Baumann mit seiner Ehefrau in seiner Wohnung in Essen-Frintrop. Baumann trat 1899 in die Firma ein, war jahrzehntelang Kranführer im Hüttenwerk und wurde im Jahre 1943 pensioniert.

Bereits vor einiger Zeit erreichte uns der Leserbrief unseres Belegschaftsmitgliedes Egon Hamm aus den Sozialbetrieben. In dieser Zuschrift heißt es unter anderem: „Ist es nicht möglich, die ersten fünf bis sieben Parkflächen auf dem Parkplatz an der Essener Straße für Schwerbeschädigte zu kennzeichnen, da es doch für diese Leute eine ziemliche Kraftanstrengung ist, wenn sie zum Beispiel vom Mannschaftsraum EO oder vom Mannschaftsraum Sozialbetriebe bis zum Ende des Parkplatzes an der Verwaltung der „Neuen Hoffnung“ laufen müssen, weil morgens vorn die Parkplatzzflächen an der Brücke alle schon von der Nachtschicht besetzt sind!“ Nun — hier ist inzwischen Abhilfe geschaffen worden, wie es Kollege Hamm in seiner Zuschrift angeregt hatte: die fünf ersten Parkflächen an der Brücke sind gekennzeichnet und für Beinverehrte reserviert. Immer aber muß man noch die betrübliche Feststellung machen, daß es Kollegen mit zwei gesunden Beinen gibt, die scheinbar nicht lesen können oder das deutliche Hinweisschild einfach übersehen. Die beinverehrten Kollegen aber können weiterhin ihr Fahrzeug im entferntesten Winkel des Parkplatzes parken. Merken diejenigen, die das Schild geflissentlich übersehen, eigentlich gar nicht, wie unkollegial und — wie taktlos sie sich verhalten! — Genügt unser Hinweis!



Wirtschaftliche Aspekte der Unfallverhütung

Von Bundesminister Prof. Dr.-Ing. Siegfried Balke

Unfallverhütung ist, das ist unsere Ansicht, zuallererst ein menschlich-soziales Anliegen; kommt es doch darauf an, Leben und Gesundheit der arbeitenden Menschen zu schützen, einen höchst überflüssigen Blutzoll zu vermeiden und insbesondere die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen vor Not und Schrecken zu bewahren. Daß die Unfallverhütung aber auch eine wirtschaftliche Seite hat, ist bislang nicht immer in ausreichendem Maße beachtet worden. Erst die Erfahrungen vor allem der amerikanischen Industrie haben auch bei uns in Deutschland einen Wandel geschaffen. Auf die Erfolge der Amerikaner auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, nicht zuletzt aber auch auf die wirtschaftlichen Aspekte der Unfallverhütung wurde erst in der vorigen Ausgabe in dem Bericht

von Dr. Klaus Bohr ausführlich hingewiesen. Auch in großen Teilen der deutschen Industrie weiß man heute, daß eine wirksame Unfallverhütung kostensenkend wirkt und die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes erhöht. Somit trägt ein gut funktionierender Arbeitsschutz nicht unwesentlich auch zur Sicherung der Arbeitsplätze bei. Die Unfallverhütung selbst gehört zur Produktionsplanung eines Betriebes, genau wie die Planung der Fertigungsmaßnahmen. Dabei muß die Leitung eines Unternehmens in die Sicherheitsaufgaben des Betriebes ständig eingeschaltet bleiben. Diese Feststellungen bilden in etwa die Kernpunkte der Ausführungen von Minister Balke, der kürzlich in einem beachtenswerten Referat zu der wirtschaftlichen Seite der Unfallverhütung Stellung nahm.

Die Existenz eines Betriebes und damit eines wichtigen Bestandteils der Volkswirtschaft hängt von der Sicherheit des Produktionsablaufs ab. Störungen dieses Vorgangs bedingen Minderung der betrieblichen Leistung. Diese wird aber nicht nur durch die technischen Einrichtungen und die geeigneten Verfahren bestimmt, sondern auch durch das Abhängigkeitsverhältnis von Mensch und Apparatur. Dieses gegenseitige Verhältnis wird am empfindlichsten gestört durch Arbeitsunfälle.

Jedes Unfallereignis in einem Betrieb wirkt sich nicht nur auf die unmittelbar Betroffenen aus. Deshalb ist die Unfallsicherheit eines der wichtigsten Betriebsmerkmale. Sie muß durch geeignete Maßnahmen sichergestellt und ständig neu erarbeitet werden. Das Ziel ist, alle vermeidbaren Unfälle auch zu vermeiden. Es darf also nicht sein, daß Unfallquellen erst dadurch erkannt werden, daß Unfälle geschehen.

Die Unfallsicherheit bedingt also die Betriebssicherheit: Einrichtungen, die Unfälle verursachen, gefährden nicht nur die arbeitenden Menschen, sondern auch den Produktionsvorgang. Die Betriebssicherheit kann gestört werden durch fehlerhafte technische Einrichtungen, aber auch durch das falsche Verhalten von Betriebsangehörigen. Ein Maximum von Produktionssicherheit läßt sich nur durch einen parallelen Stand der Unfallsicherheit erreichen.

Insbesondere die Erfahrungen in den USA zeigen, daß der Arbeitsschutz noch stärker als bisher unter den Gesichtspunkt der Produktivität für den Betrieb und die gesamte Volkswirtschaft und der Erhaltung des Arbeitsplatzes des einzelnen gestellt werden muß. Man muß hiernach einen Schadensfall als ein Anzeichen dafür ansehen, daß der Produktionsprozeß nicht richtig geführt wird, entweder verfahrenstechnisch, material-, arbeitsplatz- oder personalmäßig.

Der Ausfall eines Arbeiters ist wirtschaftlich um so schwerwiegender, je höher der Stand der Technisierung und Automatisierung wird. Das erschwert die Folgen eines Unfalls zusätzlich. Die Arbeiter müssen lernen, daß ein Unfall nicht das persönliche Pech eines Mitarbeiters oder die Schuld des Betriebes ist, sondern daß der Schaden sie selbst ebenfalls durch eine relative Gefährdung ihres Arbeitsplatzes trifft. Die Kosten für die

Unfallversicherung, die Heilung, die Rente usw., gleichgültig, ob sie durch staatliche Maßnahmen (Steuern) oder durch Privatversicherung, Selbstversicherungsorganisationen usw. aufgebracht werden, schmälern die Investitionsrate und damit die Produktionshöhe des Unternehmens. Solange die wirtschaftlichen Folgen der Unfälle höhere Kosten verursachen als die Aufwendungen für die Unfallverhütung — und es ist noch nicht daran zu denken, daß sich das ändert —, ist die Unfallverhütung eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die Unfallverhütung ist also eine volkswirtschaftliche Aufgabe der Betriebsführung, wobei wir festhalten wollen, daß die ethische, soziale und moralische Aufgabe der Unfallverhütung sich von selbst versteht.

Es wäre falsch, angesichts der menschlichen Folgen, die die Opfer von Unfällen auf sich zu nehmen haben, die wirtschaftlichen Aspekte der Unfallverhütung außer acht zu lassen. Es fehlen noch statistische Unterlagen darüber, was der Ausfall an Arbeit durch Unfälle wirtschaftlich bedeutet.

Die meisten Länder haben aber hierüber Überlegungen angestellt. Eine Durchschnittszahl ist z. B. in Deutschland errechnet worden, woraus sich ergibt, daß jeder Betriebsunfall einen Ausfall von etwa zwanzig Arbeitstagen bringt. Wenn man diese Zahlen umrechnet auf die Kopfzahl an Arbeitern, so ergibt sich z. B., daß in Westdeutschland im Jahre 1954 115000 Menschen, allerdings gerechnet auf die gesamte Produktion Westdeutschlands, durch Unfälle ausgefallen sind. Das bedeutet also den Ausfall der Produktionskraft der Belegschaft eines sehr großen Konzerns.

Die Kosten, die durch Unfälle entstehen, treffen zunächst den Versicherungsträger, indirekt aber die Betriebe, die in irgendeiner Form die Versicherung zu decken haben. Hinzu kommen die indirekten Kosten, die sich zusammensetzen aus Zeitverlust der Verletzten und der Hilfe beim Transport usw., ferner freiwillige Leistungen des Betriebes an Verletzte und Hinterbliebene, Materialschäden und Produktionsausfall. Statistische Unterlagen hierüber fehlen in den meisten Ländern.

Der Unternehmer ist somit an der Senkung der Unfallzahl seines Betriebes wirtschaftlich interessiert. Wenn

z. B. der einzelne Unternehmer für Unfälle des eigenen Betriebes finanziell stärker belastet wird (kein Genossenschaftsprinzip), liegt das Schwergewicht der Unfallverhütung nicht beim Staat oder bei der Unfallversicherung, sondern bei der Sicherheitsorganisation des Betriebes. Wenn das in Deutschland der Fall wäre, wäre sowohl der Betrieb als auch der einzelne Arbeiter stärker an der Verhütung von Unfällen interessiert.

Den Statistiken aller Industrieländer kann man im allgemeinen entnehmen, daß etwa 75% aller Unfälle vermeidbar sind. Wenn man den vorliegenden Untersuchungen glauben kann, so wären hiervon 60% durch ein besseres Verhalten der Menschen im Betrieb und nur etwa 15% aller Unfälle durch bessere technische Einrichtungen zu vermeiden. Daraus ergibt sich, daß der technische Unfallschutz einen gewissen Höchststand erreicht hat, und daß die Bemühungen zweckmäßig auf die 60% der vermeidbaren Unfälle zu konzentrieren seien, d. h. auf die Beseitigung menschlicher Fehlhandlungen. Es ist bekannt, daß diese Einteilung nicht unbestritten ist, daß es insbesondere zahlreiche Fachleute gibt, die glauben, daß auch der technische Unfallschutz noch weitgehend verbesserungsfähig ist. Diese Auffassung ist auch bei uns stark verbreitet. Immerhin läßt sich nicht leugnen, daß das Vorbild mancher Staaten in der psychologischen Unfallverhütung, z. B. USA, Großbritannien und Frankreich beweist, daß den psychologischen Maßnahmen heute mindestens die gleiche Bedeutung zukommt wie den technischen Sicherheitsvorschriften.

Es zeigt sich, daß auch im rationalen technischen Raum der Begriff „Schicksal“ noch gilt. Wir sehen das an Katastrophen, die die Menschen immer wieder überraschend treffen. Man hat sogar den Eindruck, als ob die zweifelslos größer gewordene Sicherheit der Arbeit wieder bezahlt werden müßte durch höhere Opfer im Verkehr. Hier zeigt sich eine besondere menschliche Eigentümlichkeit. Der psychologische Schock, der durch den einzelnen Unfall, etwa durch den Anblick des Opfers oder die unmittelbare Kenntnis der menschlichen Folgen für die Familie usw. hervorgerufen wird, hat bei den Mitarbeitern, den Vorgesetzten oder der Unternehmensleitung meist spontane Besserungsmaßnahmen zur Folge. Bei den Massenzahlen

dagegen, an die wir uns besonders bei den Verkehrsunfällen gewöhnen müssen, tritt der „anamnestische Faktor“ der menschlichen Aufnahmefähigkeit hervor. Wir alle wissen, daß Millionen Tote in Kriegen oder Tausende von Opfern bei Massenkatastrophen nur in das statistische Bewußtsein der Menschen eingehen. Das ist eine der unmenschlichen Seiten der menschlichen Fähigkeit, Erfahrungen zu sammeln, und wahrscheinlich zu erklären aus dem Selbsterhaltungstrieb. Der Mensch thesauriert diese Erfahrungssumme an Opfern nicht, er verweist sie in das Unterbewußtsein. Daher erklären sich vielleicht auch die zahlreichen Wiederholungen von Unfällen aus gleichen oder ähnlichen Ursachen.

In den USA hat man seit Jahrzehnten den Weg beschritten, für die praktische Unfallverhütung irgendwelche Programme aufzustellen, die den Zweck haben, alle Maßnahmen des Arbeitsschutzes methodisch zu ordnen. Bei uns wird hierbei mit der Methode von Merkblättern, der Bekanntgabe bemerkenswerter Unfälle, mit Unfallverhütungsbildern und ähnlichen Mitteln gearbeitet. Graphische Darstellungen im Betrieb oder am Fabrikator zeigen den jeweiligen Stand der Unfälle und ihre Folgeerscheinungen an. Durch Preisausschreiben, Prämien und Auszeichnungen für unfallsicheres Arbeiten oder gute Vorschläge zur Unfallverhütung wird ein Anreiz zum Wettbewerb im sicheren Arbeiten geschaffen. Hierbei ist es wichtig, daß man für eine bestimmte Industrie keine allgemein gültigen Rezepte oder Gebrauchsanweisungen geben kann, sondern daß jeder Betrieb aus dem Sicherheitsprogramm die für die eigenen Zwecke geeigneten Maßnahmen auswählt.

Man kann dabei psychologische und technische Unfallverhütung nicht immer streng trennen. Beide Maßnahmen werden oft miteinander verknüpft. Die Schutzvorrichtung an einer Maschine ist zwar eine technische Einrichtung; ihre richtige Benutzung ist jedoch psychologisch bedingt. Bei manchen Arbeitsmaschinen ist es zweckmäßig, technische Maßnahmen anzuwenden, weil der psychologische Einfluß erfahrungsgemäß meist versagt.

Besonders wichtig ist die Kombination von psychologischen und technischen Maßnahmen bei halb- oder ganzautomatisierten Fabrikationsvorgängen. Die Durchführung eines Sicherheits-

programms wird erleichtert durch organisatorische Maßnahmen, indem nämlich der Betrieb einen oder mehrere Sicherheitsbeauftragte bestellt. Großbetriebe beschäftigen meistens einen oder mehrere hauptamtliche Sicherheitsingenieure. Selbstverständlich sind die organisatorischen Möglichkeiten nicht nur in jedem Land, sondern auch in jedem Betrieb verschieden und in vielen Fällen abhängig von den bestehenden Gesetzen. Die Erfahrung hat aber ganz allgemein gezeigt, daß auch in kleinen und mittleren Betrieben, vor allem aber in Großbetrieben, die gesamte Belegschaft für die Maßnahmen der Unfallverhütung unmittelbar interessiert werden muß, und daß zu diesem Zweck besonders ausgewählte Belegschaftsmitglieder und besondere Sicherheitspersonen zweckmäßig sind. Der Unternehmer, der Betriebsleiter, die Meister, die Vorarbeiter und alle Arbeiter müssen überzeugt werden und danach handeln, daß jeder für die Betriebssicherheit mitverantwortlich

ist. Es muß der Grundsatz gelten, daß ein Belegschaftsmitglied nicht nur nach seiner Leistung für die Produktion, sondern auch hinsichtlich seiner Einstellung zur Unfallverhütung beurteilt wird. Ein Programm für die Unfallverhütung läßt sich methodisch unterteilen in Aufgaben des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers. Der Arbeitgeber hat für die gefahrlose Einrichtung und Regelung des Betriebes durch technische Schutzmittel zu sorgen, die Belegschaftsmitglieder nach ihrer Eignung auszuwählen, zu belehren und zu beaufsichtigen. Unter Umständen sind auch betriebliche Strafen, die aber psychologisch geschickt angewandt werden müssen, von erzieherischem Wert. Die Aufgaben des Arbeitnehmers bestehen vor allem in der Benutzung der bereitgestellten Schutzeinrichtungen, der Beachtung der Belehrungen und der Bekanntgabe von Erfahrungen im praktischen Betrieb, die auf nicht erkannte Unfallgefahren hindeuten. Insbesondere die Vorfälle,

bei denen beinahe etwas passiert wäre, sind zur Beurteilung der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen sehr wichtig. Die zahlenmäßig guten Erfolge in der Unfallverhütung dürfen kein Reservat einiger weniger Betriebe bleiben. Die wirtschaftlichen Ausfälle durch Unfälle, also der Verlust an Arbeitsstunden, treffen die gesamte Volkswirtschaft, unabhängig von der Betriebsgröße. Es muß deshalb angestrebt werden, daß jeder Betrieb die günstigste Verlustzahl der Gesamtindustrie erreicht. Das Endziel ist also, daß jedes Werk die niedrigste statistische Unfallzahl nicht überschreitet. Man konnte im Laufe der industriellen Entwicklung behaupten, daß die Maßnahmen zur Unfallverhütung der Entwicklung der Technik immer nachgeeilt sind. Mit anderen Worten: erst wenn die Gefahren der Technik sich an Unfällen erwiesen hatten, wurden Abwehrmaßnahmen gefunden oder ergriffen. Wir sind aber heute auf

dem besten Wege, die Unfallschutztechnik prophylaktisch auszubilden, auch bei der Bekämpfung von Berufskrankheiten. Die Unfallverhütung muß Schritt halten mit den Fortschritten der Produktion und der wirtschaftlichen Leistung. Wenn dieser Fortschritt die technischen Sicherheitsvorrichtungen überflügelt, entstehen Verhältnisse, wie wir sie zu unserem Leidwesen im Verkehrswesen in fast allen modernen Staaten kennen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, daß die technische und die psychologische Unfallverhütung durchaus imstande sind, erhöhten Gefahren zu begegnen. Wir sind alle gezwungen, mit Hilfe der modernen Industriegesellschaft die Existenz unserer Völker zu sichern. Die Gefahren, die mit dieser Industriegesellschaft verbunden sind, werden wir überwinden, wenn unsere Arbeit bestimmt ist durch das Bestreben, die menschliche Wohlfahrt zu fördern.

Sorgenkind Bundeshaushalt

Demnächst werden, etwas verspätet, im Bundestag die Beratungen für das Rechnungsjahr 1958 beginnen. Die Abgeordneten sehen sich, etwas überrascht, einem Etat gegenüber, der mit etwa 40 Milliarden Mark beziffert wird. Von Jahr zu Jahr ist der Etat ununterbrochen angestiegen und hat diesmal einen besonders kräftigen Sprung nach oben gemacht. Das ist jedoch keineswegs allein, wie ein Blick auf die Ausgabenseite des unten grafisch dargestellten Bundeshaushaltsplanes 1957/58 zeigt, auf die wachsenden Verteidigungsausgaben zurückzuführen. Da fragt man sich beklommen, ob auch wirklich jeder Pfennig umgedreht wird, wie es uns immer wieder versichert wird. Denn letztlich ist es die Wirtschaft und sind wir es, die Steuerzahler, die die Summen im wesentlichen aufzubringen haben. Die Zeiten des Julisturms sind vorbei, und wir alle sind daran interessiert, daß nicht, wie in Frankreich, der Etat hoffnungslos aus dem Gleichgewicht gerät. Wir selbst haben den Schaden zu tragen.

Bundestag bereits Mehrausgaben beschlossen hat. Das Bild wird noch düsterer, wenn man die folgenden Jahre in die Betrachtung mit einbezieht. Der Julisturm ist dann leer bis auf den letzten Groschen. Die Ausgaben werden aber weiter steigen, zum mindesten die Verteidigungskosten, denn die Bundesrepublik hat der NATO gegenüber die Verpflichtung übernommen, bis 1961 insgesamt 52 Mrd. DM für Verteidigungszwecke auszugeben. Angesichts dieser Lage fragt man sich: Was ist zu tun? Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten, das drohende Haushaltsdefizit zu decken:

Es gibt Rekordleistungen, die wir bewundern, andere, für die man allenfalls ein mildes Lächeln übrig hat. Die immer neuen Rekorde aber, zu denen sich der Bundeshaushalt aufschwingt, sind im höchsten Grade unerfreulich. Sie erfüllen uns alle mit Sorge, denn diese Rekorde kosten unser Geld. 33 Mrd. DM betrug der Etat des Rechnungsjahres 1956/57. Die Abschlußsummen des Haushaltsplanes 1957/58, der im Sommer des vergangenen Jahres verabschiedet worden ist, beläuft sich auf 37,4 Mrd. DM (siehe Bild). Das bedeutet eine Steigerung um 4,4 Mrd. = 13,3 % in einem Jahr. Aber damit scheint es noch nicht genug zu sein; der

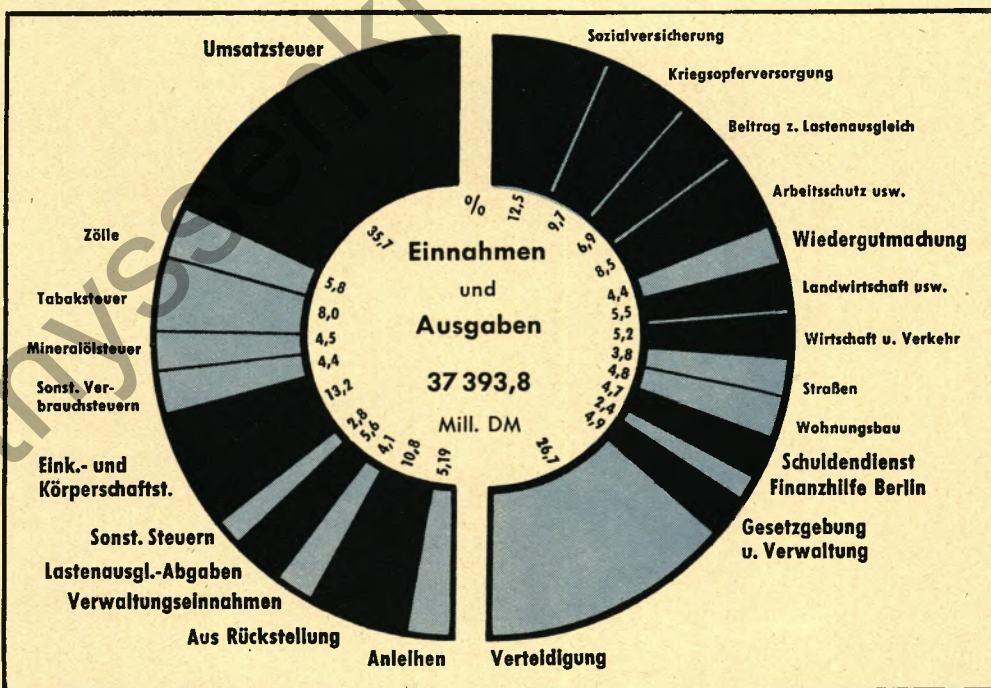
kommende Haushaltsplan wird wohl alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Die Debatte um den kommenden Bundeshaushaltsplan zeigt das deutlich genug. Über 42 Mrd. DM betragen die Anforderungen der Ressortminister für den Etat 1958/59. Dem können nur 36 Mrd. DM an Einnahmen gegenübergestellt werden. Wie das drohende Defizit von 6 Mrd. DM aus der Welt geschafft werden kann, das beschäftigt die Gemüter nicht nur in Bonn. Selbst wenn es dem Bundesfinanzminister gelingt, die zusätzlichen Ausgabenwünsche rigoros zu beschneiden, ist ein Defizit unumgänglich, da der

- Steuererhöhung
- Ausgabenenkung
- Anleihefinanzierung

Wie Finanzminister Etzel ankündigte, will er lieber am Rande des Defizits gehen, als dem einzelnen Bürger weitere Steuerlasten aufzubürden. Die kürzlich vom Bundeskabinett verabschiedete Neuordnung des Einkommensteuerrechtes scheint dieses Wollen des Finanzministers zu bekräftigen, wogegen andererseits aber nicht zu verkennen ist, daß im großen und ganzen die Steuerlast nicht vermindert, sondern nur verlagert wird, wodurch nicht zuletzt die Wirtschaft betroffen wird. Des weiteren ist der Weg über die Anleihefinanzierung angesichts der Lage des Kapitalmarktes kaum gangbar. Um das Defizit zu beseitigen, bleibt nur noch übrig, die Ausgaben zu beschneiden. Aber wie?

Schauen wir uns einmal die Ausgabenseite des Bundeshaushaltsplanes 1957/58 an. Der sozialen Sicherung (Sozialversicherung, Kriegsoferversorgung, Lastenausgleich usw.) sind 14 Mrd. DM gewidmet. Weitere 10 Mrd. kostet die Verteidigung einschließlich Luftschutz. Diese beiden Posten allein machen bereits 64,3% des Gesamtetats aus. 1,6 Mrd. DM kostet die Wiedergutmachung, für Wirtschaftsförderung sind 4 Mrd. DM angesetzt, für Bau- und Wohnungswesen 3,2 Mrd. DM. Der Schuldendienst nimmt 1,8 Mrd. DM in Anspruch, die Finanzhilfe Berlin 0,9 Mrd. DM und Gesetzgebung und Verwaltung 1,8 Mrd. DM.

Zunächst ist zu unterstellen, daß die Ausgaben für soziale Sicherheit und Verteidigung nicht beschnitten werden können, und das gleiche gilt auch für die Wiedergutmachungsleistungen und den Schuldendienst. In der Hauptsache bleiben also die Posten Wirtschaftsförderung und Bau- und Wohnungswesen übrig. Hier hat man kürzlich einen Anfang gemacht und die Getreidesubventionen gestrichen. Es ist zu erwarten, daß weitere Ausgabenkürzungen genau so geharnischte Proteste der verschiedensten Gruppen hervorrufen werden, wie diese erste Sparmaßnahme.



Bundestag debattierte Lohnfortzahlung Gegen Mißbrauch des Gesetzes

Auszüge aus dem stenographischen Protokoll

Vizepräsident Dr. Jaeger: Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Erste Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle.**

Das Wort hat der Abgeordnete Mischnick.

Mischnick (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Drucksache 83 legt Ihnen die Fraktion der Freien Demokraten einen Änderungsvorschlag zum **Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle** vor.

(Unruhe.)

Der Herr Bundeskanzler hat schon in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung, wenn genügend Erfahrungen über die Auswirkungen des in der vergangenen Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzes über die Lohnfortzahlung vorliegen, etwaige Mängel dieses Gesetzes beseitigen will.

(Anhaltende Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Damen und Herren, ich darf doch bitten, dem Herrn Redner bei der Begründung des Antrages zuzuhören oder Privatgespräche außerhalb des Saales zu führen.

Mischnick (FDP): Einige Kollegen des Hauses aus der CSU-Fraktion haben sich schon in einer Kleinen Anfrage vom 11. Dezember nach den Auswirkungen dieses Gesetzes erkundigt und in einzelnen Punkten auf Mängel hingewiesen, die zu diesem Zeitpunkt bereits offen diskutiert wurden und in der Zwischenzeit immer deutlicher zutage getreten sind.

In der Presse, in Versammlungen der Ortskrankenkassen und in vielen Einzelgesprächen ist immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß bei der Durchführung des Gesetzes Mängel auftreten müßten, vor allen Dingen deswegen, weil derjenige, der arbeitet, in der Gefahr steht, in mancher Hinsicht schlechter wegzukommen als derjenige, der krank ist. Ich werde das an Hand einiger Beispiele noch des näheren erläutern.

Wenn wir insgesamt die Auswirkungen des Gesetzes betrachten, müssen wir feststellen, daß bei allen, die damals diesem Gesetz zugestimmt haben, ein gewisses Unbehagen aufgekommen ist, weil alle Mängel, auf die damals von dieser Stelle aus sowohl von meinen politischen Freunden als auch von anderen Fraktionen dieses Hauses hingewiesen worden ist, jetzt leider in Erscheinung treten.

Nun wird oft gesagt, daß man vielleicht jetzt noch nicht genügend Erfahrung habe, um endgültig beurteilen zu können, ob und inwieweit dieses Gesetz reformbedürftig sei. Meine politi-

schen Freunde und ich meinen aber, daß in zwei Punkten die Mängel, von denen in dem Änderungsantrag unserer Fraktion gesprochen wird, inzwischen so deutlich geworden sind, daß wir heute bereits darüber sprechen können und uns Gedanken darüber machen sollten, in welcher Form wir hier ändern können.

Es hat sich gezeigt, daß selbst von den **Gewerkschaften** während der ersten

Krankenzahl um rund 20% gestiegen ist. Natürlich läßt sich diese Zahl nicht als bis ins letzte exakt beweisen.

(Abg. Dr. Schellenberg: Aha!)

Mag es nur ein halbes Prozent oder mag es ein ganzes Prozent sein, auf jeden Fall ist sicher, daß leider Mißbrauch damit getrieben wurde. Deshalb haben wir die Verpflichtung, die Bestimmungen von uns aus zu ändern.

In einer teilweise recht lebhaft geführten Debatte befaßte sich der Bundestag am 14. Februar noch einmal mit dem „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung im Krankheitsfalle“, das bekanntlich kurz vor Beendigung der Legislaturperiode des zweiten Bundestages verabschiedet wurde. Die FDP hatte einen Abänderungsantrag eingebracht, in dem sie davon ausging, daß das Gesetz zu erheblichen Mißbräuchen Anlaß gegeben habe. In ihrem Entwurf waren die Freien Demokraten dafür eingetreten, bei der Berechnung des Entgeltes im Krankheitsfalle den Mehrarbeitslohn und die Zuschläge wegzulassen und das Krankengeld nur bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten vom ersten Tage, sonst jedoch erst vom zweiten Tage an zu gewähren. Während der FDP-Vorschlag noch von der DP unterstützt wurde, waren sich die Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD darüber einig, daß das Gesetz zwar in einigen Fällen zu Mißbrauch verleitet habe, daß aber, da die Geltungsdauer noch zu kurz sei, zunächst weitere Erfahrungen gesammelt werden sollen. Durch Abstimmung wurde beschlossen, den FDP-Antrag zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Ausschüsse zu verweisen. Damit bleibt das Gesetz vorerst unverändert in Kraft. Auszüge aus der für unseren Leserkreis recht interessanten Bundestagsdebatte veröffentlichen wir auf diesen beiden Seiten. Die Vizepräsidenten Dr. Jaeger und Prof. Dr. Carlo Schmid leiteten die Aussprache.

Tage nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gemahnt worden ist, in den Betrieben nun nicht in den Fehler zu verfallen, das Gesetz besonders auszunutzen und damit der gesamten Arbeiterschaft Schaden zuzufügen. Es liegen Beispiele aus großen Betrieben vor, wo in den Monaten September, Oktober und November leider die Zahl der Krankheitsfälle auch unabhängig von der Grippeperiode bedeutend stieg. Bei Kontrollen mußte leider festgestellt werden, daß manche „Kranke“ sich nicht im Bett befanden, wo sie laut ärztlichem Urteil sein sollten, sondern daß sie ihren Garten bestellten oder sich sonstwie beschäftigten.

Ich will damit nicht sagen, daß grundsätzlich Mißbrauch mit diesem Gesetz getrieben worden ist. Es hat sich aber gezeigt, daß jeder einigermaßen Intelligente sehr schnell die Lücken fand, aus deren Ausnutzung man Vorteile ziehen kann.

Die **Grippewelle** wird sehr oft als alleinige Ursache des Hinaufschneitens der Zahl der Krankheitsfälle nach dem 1. Juli 1957 angeführt. Natürlich hat sie eine Auswirkung gehabt, aber doch nicht in dem Umfang, wie es oftmals dargestellt wird. Heute können wir bereits übersehen, daß mindestens 1% mehr Krankheitsfälle eingetreten sind als früher normalerweise. Das bedeutet aber, daß die

Dr. Schellenberg (SPD): Darf ich eine Zwischenfrage stellen?

Mischnick (FDP): Ja, bitte.

Dr. Schellenberg (SPD): Sind Sie nicht der Auffassung, daß sich dadurch, daß die Zahl der **Karenztage** durch das Gesetz von vier auf drei vermindert worden ist, automatisch eine Erhöhung des Krankenstandes ergeben muß, die nichts mit Moral und Unmoral zu tun hat?

Mischnick (FDP): Selbstverständlich, Herr Professor, trifft das in einzelnen Fällen zu. Aber die Gesamtheit können Sie nicht damit abtun. Es zeigt sich ja in den verschiedensten Stellungnahmen sehr deutlich, daß darüber hinaus eben leider auch Mißbrauch getrieben worden ist, und zwar zum Schaden aller anständigen und verantwortungsbewußten Arbeiter, die das nicht getan haben. Wenn Sie sich einmal die Ziffern über die Entwicklung der Zahl der Krankheitsfälle in den Statistiken der Betriebe ansehen, dann werden Sie leider feststellen, daß gerade bei denjenigen Arbeitern, die erst verhältnismäßig kurze Zeit im Betrieb waren, die Grippedauer erstaunlicherweise 8, 10, 12, 14 und noch mehr Tage betrug, während diejenigen Arbeiter, die schon 5, 6, 8 oder 10 Jahre im Betrieb waren, mit der Grippe in 5, 6 Tagen fertig wurden. Das bedeutet letzten Endes, daß derjenige, der verantwortungsbewußt war, in der

Endabrechnung seine zwei Tage verlor, während der andere, der, sagen wir einmal, fünf gerade sein ließ und die 10, 11 Tage auf 14 Tage erweiterte, den Vorteil hatte. Diese Benachteiligung des verantwortungsbewußten Arbeiters sollten wir unserer Meinung nach so schnell wie möglich durch eine Änderung des Gesetzes aufheben...

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dittrich.

Dr. Dittrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Kind — ich spreche von dem **Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle** — hat erst nach heftigen Geburtswehen das Licht der Welt erblickt und hat, als es dann auf der Welt war, von allen Seiten heftige Stöße bekommen. Selbstverständlich muß sich der Bundestag mit der Frage beschäftigen, ob eine **Novellierung** dieses Gesetzes, das ja erst seit 1. Juli 1957 in Kraft ist, erfolgen soll.

Es kann grundsätzlich nicht Aufgabe dieses Hauses sein, ein kurz vorher verabschiedetes Gesetz wieder aufzurollen und umzuwerfen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Wenn sich aber bei einem Gesetz tatsächlich Mängel zeigen, dann werden wir nicht zögern, es zu ändern. Um aber Fakten — wie solche Mängel — feststellen zu können, muß man erst sehr genaue statistische Unterlagen ermitteln; erst dann kann man handeln...

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU.)

Nun wird jeder, der die Verhältnisse kennt, zugeben, daß hier die **Grippe** die Hauptursache ist; darüber gibt es gar keinen Zweifel, und das wird von uns auch nicht verkannt. Aber am 1. Dezember 1957 — damit dürfte die Grippeperiode abgeklungen sein — ist ein Krankenstand von 5,29 v. H. gegenüber dem Dezember 1956 von 4,66 v. H. zu verzeichnen gewesen, und der Januar 1958 brachte einen Krankenstand von 5,37 v. H. gegenüber 4,32 v. H. im Januar 1957. Meine Damen und Herren, man wird daraus schon gewisse Rückschlüsse ziehen können. Es ist selbstverständlich, daß diese Zahlen jedem, der sich mit sozialpolitischen Aufgaben befaßt — und das ganze Haus tut das ja —, gewisse Fingerzeige geben und daß jeder gewisse Schlußfolgerungen daraus ziehen kann.

Die Zahlen, die uns vor allem aus den **Betriebskrankenkassen** zugegangen sind — Sie wissen, die Tagespresse und die Fachzeitschriften haben sich in den letzten Monaten sehr sorgfältig mit diesem Gesetz beschäftigt —, zeigen, daß im Hinblick auf die vergleichbaren Monate des Vorjahres eine Erhöhung des Krankenstandes von annähernd 20% zu ver-

zeichnen ist. Wenn wir trotzdem an dem staatspolitischen Grundsatz festhalten wollen, ein Gesetz, das die Mehrheit dieses Hauses geschaffen hat, nicht von heute auf morgen ändern zu lassen, so hindert das nicht, die Entwicklung in der Wirtschaft, auf dem sozialen Sektor sehr aufmerksam zu verfolgen...

Man sagt also, ein Mißbrauch des Gesetzes sei möglich. Wenn man einen Mißbrauch verhindern will, gibt es verschiedene Gegenmaßnahmen. Eine Maßnahme könnte sein, daß die **Vertrauensärzte** straffer als bisher arbeiten. Solange es möglich ist — und hier appelliere ich einmal an unsere Ärzteschaft —, daß man beim Aufsuchen eines Arztes krank geschrieben wird, wenn man nur etwas Husten oder etwas Katarrh hat, werden wir bei jedem Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf Schwierigkeiten stoßen.

Deshalb ist auch einmal ein Appell an unsere Ärzteschaft von dieser Stelle aus angezeigt, bei der Überprüfung der Arbeitsfähigkeit oder Nichtarbeitsfähigkeit gewissenhafter und sorgfältiger vorzugehen als bisher.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Eine zweite Gegenmaßnahme, die ohne eine Gesetzesänderung möglich wäre, ist die, daß wir einmal an die **Solidarität** unserer Arbeiterschaft appellieren und dem Handwerksgehilfen und dem Fabrikarbeiter sagen: Um dein Geld geht es, wenn dein Arbeitskollege, der neben dir arbeitet, krank feiert und du erhöhte Beiträge an die Krankenkasse zahlen mußt. Es wird deshalb nötig sein, daß auch die Arbeiterschaft einer etwaigen zu großen Ausnutzung dieses Gesetzes mehr als bisher entgegentritt...

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Wischnewski.

Wischnewski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns heute noch einmal mit dem sehr ernststen Problem des kranken Arbeiters beschäftigen müssen, dann liegt die Schuld nicht bei unserer Fraktion. Wir haben im 2. Bundestag mit der Drucksache 1704 den Antrag eingebracht, durch eine entsprechende Änderung des § 616 BGB die Arbeiter und Angestellten völlig gleichzustellen. Nach wie vor ist das nach unserer Auffassung der richtige Weg, um dieses Problem zu meistern.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn es um die Lösung großer gesellschaftlicher Probleme geht — und um ein solches handelt es sich hier —, dann sollte man kein Flickwerk und kein Stückwerk machen, sondern dann sollte man den Mut haben, die Probleme auch ganz zu lösen. Das ist leider versäumt worden.

(Abg. Ruf:

Noch größere Fehler machen?)

Nun auch noch einige wenige Worte zu dem in der Öffentlichkeit viel zitierten und auch hier zitierten **Mißbrauch**. Lassen Sie mich vorweg folgendes sagen. Ich will gar nicht bestreiten, daß in einzelnen, ganz, ganz wenigen Fällen ein Mißbrauch einmal vorkommen kann.

(Unruhe rechts. — Abg. Ruf: Wo leben Sie denn?)

Meine Damen und Herren, wo gibt es im Leben keinen Mißbrauch? Wenn in einem dieser seltenen Fälle ein Arbeiter Mißbrauch treibt, dann macht er krank. Es gibt Mißbräuche auf anderen Gebieten in weit stärkerem Maße, die aber niemals in dem Umfang in

der Öffentlichkeit und vielleicht auch nicht in diesem Hause diskutiert worden sind. Wogegen wir uns in aller Deutlichkeit wehren müssen — ich meine, das sollte einheitliche Auffassung in diesem Hause sein —, ist die Behauptung, daß die größte Gruppe unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik weniger Verantwortungsbewußtsein als irgendeine andere Gruppe unserer Gesellschaft habe. Die Arbeiterschaft hat in den vergangenen Jahren hohes Verantwortungsbewußtsein bewiesen. Ich denke nur an die Zeit vor der Währungsreform, wo die Arbeiter praktisch für eine Scheibe trockenen Brotes bereit waren, ihren Arbeitsplatz einzunehmen, wo sie höchstes Verantwortungsbewußtsein bewiesen haben. Ich denke auch an die Zeit nach der Währungsreform, wo die Arbeiterschaft bereit war, den entscheidenden Anteil am Zustandebringen des sogenannten Wirtschaftswunders zu übernehmen.

Nun einige sehr konkrete Zahlen. Hier ist vorhin immer gesagt worden, in der Zeitung stehe das und das. Die Zahlen, die ich Ihnen jetzt nennen werde, erbringen den Beweis dafür, daß die Situation offensichtlich etwas anders ist. Wir sollten uns alle darüber im klaren sein, daß niemand die **Grippeepidemie** verniedlichen kann. Sie ist gekommen wie ein Naturereignis. Wir haben auf Grund dieser Grippeepidemie allein im Lande Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Tote gehabt; ein Beweis dafür, daß es sich wirklich um ein Naturereignis gehandelt hat. Wenn wir zu konkreten Ergebnissen in dieser Frage kommen wollen, dann müssen wir die Unterschiede untersuchen zwischen der Situation der Gruppe, für die durch dieses Gesetz eine Änderung eingetreten ist, und der Gruppe, für die keine Änderung eingetreten ist. Hier ergibt sich folgendes. Gegenüber dem 1. August 1956 war am 1. August 1957 die Krankenzahl bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen um 17,6% höher, bei den Ersatzkassen für Angestellte um 20,6%. Hier ist der Beweis dafür erbracht, daß die Krankenzahl sich unabhängig von dem Gesetz entwickelt hat. Wenn wir die Situation dann noch einmal per 1. September betrachten, ergibt sich folgendes Bild. Gegenüber dem 1. September 1956 war am 1. September 1957 die Krankenzahl bei den Ortskrankenkassen um 17,9% höher, bei den Ersatzkassen um 31,6%. Das sind konkrete Zahlen, die den Beweis dafür erbringen, daß die Dinge unabhängig von diesem Gesetz gelaufen sind, daß man also von seiten der Arbeiterschaft mit größtem Verantwortungsbewußtsein an dieses Problem herangegangen ist...

Wir alle sollten uns gegen das viele Gerede vom Mißbrauch energisch wehren. Wir trauen dieser Gruppe der Gesellschaft, der Arbeiterschaft, genauso viel Verantwortungsbewußtsein zu wie jeder anderen Gruppe unserer Gesellschaft. Deswegen treten wir für die Abschaffung jeder diffamierenden Regelung ein. Wir sind nach wie vor dafür, daß Arbeiter und Angestellte gleichgestellt werden, nicht aus einer Gleichmacherei heraus, sondern weil in dieser Frage für alle Arbeitnehmer gleiches Recht gelten soll. Wenn wir aber an einer entscheidenden Regelung dieser Frage interessiert sind, dann sollten wir auch alle zusammen dazu beitragen, daß dieses große gesellschaftliche Problem so schnell wie möglich gelöst werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat Frau Abgeordnete Kalinke.

Frau Kalinke (DP): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir haben uns heute über den Inhalt eines der Gesetze zu unterhalten, das man bei einer Gesamtbetrachtung wohl nicht als gutes Gesetz ansehen kann. Bei der Diskussion über den Inhalt von Gesetzen, ihre Anwendung und ihre Auswirkung haben wir uns auch darüber klar zu werden, welche **moralischen Auswirkungen** sie haben...

Ich halte es für falsch, zu einem Gesetz, auch wenn es nicht gut ist, sofort eine Novelle zu machen. Insofern stimme ich mit meinen Freunden in der CDU überein. Ich bin aber auch nicht dafür, überhaupt keine Novelle zu einem Gesetz zu machen, um nicht zugeben zu müssen, daß man Fehler gemacht hat. Über den Zeitpunkt einer notwendigen Novelle werden wir uns — das sage ich ganz deutlich — sehr bald zu unterhalten haben, falls die endgültige Krankenversicherungsreform nicht so früh möglich ist, wie ich es noch immer hoffe; wenn sie früh genug kommt, dann allerdings sollten wir diese Probleme in dem größeren Zusammenhang sehen, in den sie gehören.

Um die **Mängel** dieses Gesetzes kann man nicht herumreden. Wir brauchen auch kaum noch sehr lange Zeit, um genug zuverlässiges Material zu bekommen. Ich glaube, dem Arbeitsministerium liegt heute eine solche Fülle von Material vor, daß man auch dort schon sagen kann, wie es alle Sachverständigen tun, daß viele Ansatzpunkte dieses Gesetzes nicht richtig waren...

Wir haben vor der Vorwegnahme sozialpolitischer Teillösungen gewarnt. Sie haben unsere Freunde aus der CDU erpreßt

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

und haben immer wieder auf die Streikdrohung und das Versprechen auf dem Parteitag der CSU hingewiesen.

(Zurufe von der SPD.)

Nun haben wir im Bundestag einen Kompromiß gemacht; es war einer der üblichen Kompromisse, wie er so oft in diesem Hause gemacht wird, und wir sollten den Mut haben zu sagen: er ist reformbedürftig; er ist halt nicht geglückt. Wir sollten weiter den Mut haben zu sagen: wenn er nicht in allen Teilen geglückt ist, dann brauchen wir ihn nicht gleich morgen zu ändern, aber wir sollten ihn bald ändern.

Ich mache Ihnen die Freude und komme zum Schluß.

(Beifall und Zurufe)

— Ich weiß ja, es ist so anstrengend, den Problemen auf den Grund zu gehen und sie zu diskutieren,

(Heiterkeit und Zurufe)

aber es ist leider unser Auftrag, das zu tun. Ich fasse jedenfalls den politischen Auftrag in diesem Hause so auf, daß wir auch über die unbequemen Dinge nachdenken müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben die Frage zu stellen: Ist eine Verbesserung möglich? Wenn wir sie bejahen — meine Freunde von der Deutschen Partei bejahen diese Frage —, dann haben wir nicht zu zaudern, auch Irrtümer einzugestehen, allerdings zu gegebener Zeit, untermauert mit ausreichenden Erkenntnissen und mit dem notwendigen Material...

Wichtig scheint mir vielmehr, daß wir uns die Erfahrungen mit diesem Gesetz nutzbar machen und uns darüber

klar werden, welches die echten Aufgaben der Krankenversicherungsreform sind. Und diese werden wir, hoffe ich, in nicht zu ferner Zeit in der Debatte über die Anliegen der Krankenversicherungsreform und, wie ich hoffe, in der Einsicht und in der Gesamtverantwortung vor dem Gesamtproblem sehr ernsthaft ohne Zeitdruck, ohne Nervosität und mit der Bereitschaft, nachzudenken, miteinander lösen.

(Abg. Dr. Schellenberg: Aber nicht behutsam!)

— Behutsam zu handeln ist immer etwas Besseres, als Porzellan zu zerbrechen.

(Beifall bei der DP.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Schüttler.

Schüttler (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat manches Unliebsame zutage gefördert und uns das vorige Jahr in die Erinnerung zurückgerufen, wo wir um dieses ernste Problem hier gemeinsam gerungen haben. Es ist nicht so, wie Frau Kalinke hier soeben gesagt hat, daß wir, die CDU, damals von der SPD-Fraktion erpreßt worden seien, um dieses Anliegen durchzusetzen, das wirklich nicht erst in den letzten Monaten des 2. Bundestages zur Debatte stand. Dieses Anliegen hatte uns vielmehr schon ein oder zwei Jahre vorher beschäftigt.

(Abg. Dr. Schellenberg: Drei Jahre!)

Es darf nicht so sein, daß man einen gewissen Stand da und dort diffamiert und glaubt, weil diese und jene Möglichkeit bestehe, sei dieser Stand nicht in der Lage, einzelne Mißstände, die mal vorgekommen sind, auszumeren. Lassen wir der Entwicklung einige Monate den Lauf! Wir werden dann bestimmt erfahren, daß in der Arbeiterschaft zu 99% so viel Moral steckt wie in jedem anderen Berufsstand.

(Beifall bei der CDU/CSU. —

Zurufe von der SPD.)

Sicher sind Mängel vorhanden. Das Gesetz war ein großer Kompromiß, um zunächst einmal einen Versuch, einen Start zu machen. Der Start wäre gelungen, wenn nicht die Grippeepidemie alles überspielt hätte. Wir hätten dann ein klareres Bild vor uns. Es wäre verfehlt, aus dieser Situation heraus die Sonde der Kritik an das Gesetz anzulegen und schon jetzt Reformversuche zu unternehmen, die sich dann womöglich wieder als Fehlgreif erwiesen. Lassen wir doch einmal ein Jahr vorübergehen, und versuchen wir dann mit aller Klarheit festzustellen, wie sich die Dinge entwickelt haben und was notwendig ist! Dann werden wir der gerechten Lösung nahekommen, die wir alle suchen. Das Ziel, das wir anstreben, die Beseitigung der Mängel, werden wir mit Hilfe aller Kräfte erreichen. Die große **Krankenversicherungsreform** sollten wir gemeinsam mit diesem Anliegen in die Hand nehmen. Dann wird das Ergebnis so, wie wir es allgemein wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Weitere Redner sind nicht gemeldet.

(Beifall.)

— Ich wollte das nur feststellen; ich wollte Sie nicht zu irgendwelchen Beifalls- oder Mißfallensäußerungen auffordern.

Wir kommen zur Abstimmung...



Im Hafen Walsum sind die Arbeiten für die Erzaufbereitungsanlage zügig vorangeschritten. Unsere Panorama-Aufnahme der Großbaustelle am Lehmberg gibt ein gutes Bild von den

Ausmaßen der Arbeit. Nach Fertigstellung des gesamten Projektes wird das ausgeladene Erz über eine Bandanlage am Kai in die Brechanlage (in der Mitte des Bildes) geleitet

Angestellten = Krankenstand recht hoch!

In der Vergangenheit hatten wir verschiedentlich Gelegenheit, auf den verhältnismäßig niedrigen Krankenstand der Angestellten hinzuweisen.

Im Gegensatz zur Arbeiterseite, wo sich nach dem Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes ein Anstieg der Krankenziffer zeigte, blieb der Krankenstand der Angestellten relativ normal. Während sich jedoch bei den Arbeitern seit einigen Wochen eine im großen und ganzen rückläufige Entwicklung bemerkbar macht, es also gelang, die Krankenkurve zu senken, d. h. jedes ungerechtfertigte Krankfeiern möglichst zu unterbinden, ist es diesmal der hohe Krankenstand der Angestellten, der zu Besorgnissen Anlaß gibt. Wenn beispielsweise im Verlauf des letzten Jahres die günstigste Krankenziffer im Monatsdurchschnitt 2,9 Prozent betrug, so ist das keineswegs als besonders niedrig anzusehen. Mit Bedauern muß vielmehr festgestellt werden, daß die Krankenzahl auf dem Angestellten-sektor sich während der letzten Jahre stetig erhöhte. In den ersten Jahren nach der Währungsreform betrug die durchschnittliche Krankenziffer auf der Angestelltenseite 2,5 Prozent, wobei es keinesfalls außergewöhnlich war, daß die Zwei-Prozent-Grenze unterschritten wurde.

Besonders auffallend, daß die weiblichen Angestellten ständig mit einem höheren Prozentsatz beteiligt sind. Insbesondere sind es die verheirateten Frauen, die den Krankenstand der weiblichen Angestellten ungünstig beeinflussen. Darüber hinaus ist bei den Angestellten die gleiche Feststellung wie auf dem Arbeitersektor zu treffen, nämlich daß es in erster Linie junge Menschen sind, die auffallend viel krankfeiern. Seit Januar 1957 sieht jedoch die Entwicklung bei den Angestellten wie folgt aus:

	insgesamt %	männlich %	weiblich %
Januar	3,1	2,6	5,8
Februar	3,9	3,6	5,3
März	4,1	3,9	5,5
April	3,1	3,0	3,7
Mai	3,9	3,8	5,2
Juni	3,2	2,9	4,8
Juli	2,9	2,8	3,6
August	3,4	2,9	5,7
September	5,2	4,6	8,5
Oktober	5,2	5,1	7,8
November	3,8	3,5	5,2
Dezember	3,7	3,3	5,3
Januar 1958	5,2	4,6	7,9

In einer Bekanntmachung hat die Werksleitung der Angestelltenschaft die ungünstige Entwicklung des Krankenstandes bereits nachdrücklich vor Augen geführt. Wo ohnehin die im vorigen Jahr durchgeführte Arbeits-

zeitverkürzung den vollen Einsatz jedes einzelnen Mitarbeiters verlangt, ist jedes Belegschaftsmitglied aufgerufen, nur dann krankzufeiern, wenn wirklich ein echter Grund zum Krankfeiern vorliegt.

Auf Kosten der BKK?

Ein schlechtes Zeichen!

Es muß bedenklich stimmen, wenn bei einer Krankenkontrolle, die der Krankenkassendirektor der Betriebskrankenkasse am 17. Februar durchführte, von 19 arbeitsunfähig geschriebenen Werksangehörigen 10 zu Hause nicht angetroffen wurden. Doch findet sich für diese Tatsache eine plausible Erklärung, wenn man bedenkt, daß an diesem Tage Rosenmontag war. Gewiß hat niemand etwas dagegen, wenn wir Karneval feiern, wenn wir uns einmal richtig

Spaß machen — aber nicht auf Kosten der Betriebskrankenkasse. Man muß immer wieder daran erinnern, daß jeder, der auf solch ungebührliche Art sich einen Vorteil verschafft, sich letztlich an der Allgemeinheit versündigt, an der gesamten Kollegenschaft, denn die Krankenkasse ist eine Einrichtung, die der Gesamtheit der Werksangehörigen dienen soll. Deshalb ist es ein schlechtes Zeichen, wenn einige unserer „Kranken“ beim Osterfelder Karnevalszug

gesehen wurden, nicht nur unter den Zuschauern — — sogar als aktiv Mitwirkende. Insgesamt betrug der Krankenstand am Rosenmontag in Oberhausen 5,25 Prozent, in Gelsenkirchen 5,20 Prozent. Chronikus

August Jürs wurde 65 Jahre alt

Am 27. Februar 1958 wurde August Jürs 65 Jahre alt. Mit ihm scheidet in absehbarer Zeit ein Mann aus dem Werk aus, der nicht nur als Arbeitnehmermitglied des Aufsichtsrates der Hüttenwerk Oberhausen AG bekannt ist, sondern auch als langjähriges Be-



triebsratsmitglied und menschliches Vorbild bei allen Kollegen geschätzt wird.

Nach den Verfügungen des Mitbestimmungsgesetzes müssen im Aufsichtsrat unseres Werkes zwei Arbeitnehmer vertreten sein, die in unserem Werk beschäftigt sind: ein Angestellter und ein Arbeiter. Der Arbeitervertreter im Aufsichtsrat ist seit dem 29. Mai 1948 August Jürs. Hier, wie auch als Mitglied des Betriebsrates, dem er mit einer kurzen Unterbrechung bis heute angehört, zeichnet er sich durch sein bescheidenes, aber klares Wesen aus. Da Kollege Jürs seinem wohlverdienten Ruhestand ent-



wird dort gebrochen und läuft weiter in den Erzbunker (ganz rechts). Von diesen Erzbunkeranlagen sind noch mehrere in Walsum geplant. Auf unserem Bild schwach zu erkennen:

die Kaimauer rechts neben dem Hafenarm wird erhöht. Nach Fertigstellung des gesamten Projektes können die Arbeiten in Walsum einfacher und rationeller ausgeführt werden.

gegensieht, möchten wir an dieser Stelle einen kleinen Blick auf sein bisheriges Leben werfen.

August Jürs, am 27. Februar 1893 in Osnabrück geboren, trat als Vierzehnjähriger ins Werk ein, und zwar im Frühjahr 1907. Er lernte auf Neu-Oberhausen und war dann bis zum März 1913 als Dreher im Radsatzwerk tätig. Für kurze Zeit war er an der Thomas-Schlackenmühle eingesetzt, aber schon bald danach, im Herbst des gleichen Jahres, wurde er zum Wehrdienst einberufen. Er machte den ganzen ersten Weltkrieg mit und kehrte anschließend zu seinem alten Arbeitsplatz als Dreher auf Neu-

Oberhausen zurück. Hier erwarb er sich im Laufe der Jahre so sehr das Vertrauen seiner Kollegen und Arbeitskameraden, daß er bei den ersten Betriebsratswahlen am 22. Januar 1947 zum Mitglied des Betriebsrates gewählt wurde. Vom 20. Februar 1948 bis zur Neuwahl des Betriebsrates im Frühjahr 1949 war er Betriebsratsvorsitzender. August Jürs, seit Januar 1947 Drehvorarbeiter, wurde 1951 erneut in den Betriebsrat gewählt, wo er sich bis zur Neuwahl 1956 als Sprecher des Unfallausschusses besonders verdient gemacht hat. Auch heute noch ist er Mitglied des Unfallausschusses.

PIEPENHEIN UND WOTTELBUCK

Wottelbuck: „Mensch, Hein, wo biste denn so lang gewesen, hass' dir wohl zwischen-durch auch für'n paar Wochen deine Asiatische genommen, wat? Da weißt wohl noch gar nix von den Bestrebungen, die hier im Gange sind, mit die monatliche Lohnzahlung!“

Piepenhein: „Hör mir bloß damit auf! Einmal im Monat Geld — dat war ja noch nie da! Da is unsereins doch nur wieder der Dumme bei so komische Neuerungen.“

Wottelbuck: „Warum meinze dat denn? Kuck ma, Hein, da hasse doch 'ne ganze Menge Vorteile bei dat neue System. Kannze dich mal 'n schön Teil kaufen, wat auch 'n bißken teurer is; geht doch gezz gar nich', oder musse gleich auf Stottern abzahlen.“

Piepenhein: „Wenne dat so sags', stimmt dat natürlich; aber da kannze auch fies bei inne Patsche fallen. Gibbe deine Frau den ganzen Lohn am Ersten, hatse am Fuffzehnten bestimmt nix mehr.“

Wottelbuck: „Hein, du bissen richtigen Döskopp. Einmal schimpfe auf die Angestellten und willz dieselben Rechte haben, und wenne dann bald soweit is, biste auch wieder am meckern. Mensch, überleg doch ma': wenn die Frauen von den Angestellten mit dat Geld 'n ganzen Monat auskommen, meinze, dann können unsere Frauen sich dat nich' auch einteilen? Meine, die is'n richtigen Finanzminister, die macht dat schon.“

Piepenhein: „Da hab' ich bei meine auch keine Bange. Dat erste, wat se machen wird, is mich dat Taschengeld abziehen. Wat hab' ich gesagt: unsereins is wieder der Dumme.“

Was erwarten wir von unserem Betrieb?

Der Deutsche Industrie- und Handelstag veranstaltete kürzlich eine Befragung von Arbeitern aus verschiedenen Betrieben. Eine Anzahl von Arbeitnehmern antwortete auf die Frage, was sie von ihrem Betrieb erwartet. Die Teilnehmer des Mitarbeiterseminars einer Industrie- und Handelskammer stellten dabei übereinstimmend zehn Grundforderungen der Arbeiter fest, die wir hier veröffentlichen.

- Wir möchten eine gute Führung, was technische Ausstattung, Arbeitsablauf, Organisation und Wirtschaftlichkeit des Betriebes betrifft.
- Wir möchten ausreichend informiert werden, um das betriebliche Geschehen zu verstehen.
- Wir möchten mit menschlicher Achtung behandelt werden.
- Wir möchten im Betrieb vorwärtskommen.
- Wir möchten ein vernünftiges Maß an persönlicher Freiheit innerhalb und außerhalb des Betriebes.
- Wir legen Wert auf ein gutes Auskommen mit den Mitarbeitern.
- Wir möchten weitgehende Sicherheit des Arbeitsplatzes.
- Wir dürfen gleiche Entlohnung und Behandlung vergleichbarer Positionen erwarten.
- Wir wollen nützliche Arbeit leisten, die einen notwendigen Beitrag in Betrieb und Volkswirtschaft darstellt.

- Wir erwarten als in abhängiger Stellung Arbeitende faire und individuelle Behandlung von seiten der oberen und mittleren Führung.

Grüne Helme im Werk

Wie der Arbeitsschutz uns jetzt mitteilt, können — wie in der vorigen Ausgabe berichtet — gelbe Schutzhelme bei uns nicht eingeführt werden, da die in unserem Werk beschäftigten Unternehmerarbeiter bereits Helme dieser Farbe tragen. Im Einvernehmen mit dem Unfallausschuß, den Unfallvertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern wurde deshalb aus einer Anzahl farbiger Schutzhelme ein grüner Helm für die neu eingestellten und innerbetrieblich umbesetzten Kollegen ausgewählt. Diese Farbe erwies sich ebenfalls als besonders deutlich erkennbar. Es ist also damit zu rechnen, daß neben den bekannten dunklen Helmen und den weißen der Besucher auch grüne Helme in Kürze nicht mehr besonders auffallen werden.



Sind Sie Kettenraucher?

Dann müssen Sie diesen Artikel lesen!



In England und Amerika schlägt die Diskussion hohe Wellen. Deutschland ist bislang nur am Rande berührt. Aber auch bei uns weckt das Thema in der Öffentlichkeit immer mehr Interesse: Erzeugt starkes Rauchen Lungenkrebs? Auf verschiedenen Ärztekongressen ist diese Frage behandelt, in vielen Fachblättern besprochen worden. Das Ergebnis englischer Untersuchungen läßt sich so zusammenfassen, ohne daß wir hier einzelne Zahlen anführen wollen: Während die Nichtraucher, die an einem Bronchialcarcinom gestorben waren, ausschließlich den älteren Jahrgängen angehört hatten, waren die Todesfälle mit der gleichen Diagnose bei den Rauchern bereits vom mittleren Lebensalter an festzustellen.

Nun wird derartigen Untersuchungsergebnissen bekanntlich oft entgegengehalten, daß doch immerhin eine stattliche Zahl von Menschen trotz starkem und stärkstem Rauchen ein beachtenswertes Alter, ja 100 und mehr Jahre erreicht und sich guter Gesundheit erfreut. Diese Beobachtungen sind richtig und beweisen, daß es bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Rauchen und einem eventuellen Bronchialcarcinom entscheidend auf die äußeren Lebensumstände sowie auf die konstitutionellen Bedingungen des einzelnen ankommt. Wer sich viel im Freien aufhält, ist auch als Raucher

weniger gefährdet, während andererseits selbst Nichtraucher, die häufig gezwungen sind, in verqualmten Räumen „passiv mitzurauchen“, durchaus bedroht sein können.

„Die primäre Frage lautet“, so schreibt Professor Thomas Lettré, Leiter des Heidelberger Krebsforschungsinstituts, in einem Aufsatz über dieses Problem, „kann man unmittelbar in Tabakrauch krebserzeugende Stoffe nachweisen? Diese Frage ist heute durch Untersuchungen in zahlreichen Laboratorien der Erde eindeutig mit ‚Ja‘ zu beantworten. Solche Stoffe sind aber nicht nur im Tabakrauch, sondern auch in Abgasen enthalten — sei es, daß sie aus Schornsteinen, sei es, daß sie aus den Auspuffrohren der Verbrennungsmotoren kommen.“ Wiederum haben statistische Untersuchungen gezeigt, daß bei Nichtrauchern die Häufigkeit des Lungenkrebses in den Großstädten größer ist als auf dem freien Lande, und daß sie beim Raucher auf dem Lande größer ist als beim Nichtraucher.

Was also ist zu tun? „Ich habe selbst vor fünf Jahren das Rauchen aufgegeben, obgleich ich bis dahin ein sehr starker Zigarettenkonsument war. In meinem Alter kann sich nämlich die Wirkung der krebserzeugenden Stoffe im Organismus schon so verstärken, daß eine gefährliche Reizschwelle erreicht wird.“ So umriß Nobelpreisträger Pro-

fessor W. M. Stanley seine Einstellung. Daß es sich bei dem Zusammenhang von Krebs und Tabak um eine Bagatelle handelt, wird heute kein verantwortungsbewußter Arzt mehr behaupten. Freilich darf man die Frage nicht einfach so vergrößern, als führe jeder Lungenzug nun notwendig auch zu einem Lungenkrebs. Ein Viel beim Rauchen ist aber leicht ein Zuviel — ein Zuviel mit all seinen Gefahren, besonders für den jungen Menschen. Im übrigen sagt einem ja schon der gesunde Menschenverstand, daß beispielsweise Kettenrauchen nicht gerade zur Hebung des Gesundheitszustandes führt. Die neuen Untersuchungen unterstreichen diese Anschauung nicht nur, sie zeigen auch sehr reale Gefahren auf. Es lohnt sich schon, einmal über diese Dinge nachzudenken, ohne allzugroße Ängstlichkeit, aber auch illusionslos.

Kleines Gespräch über Tabletten

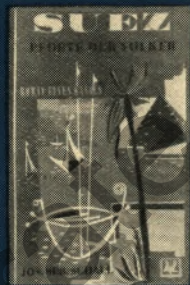
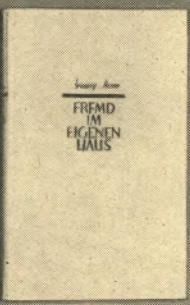
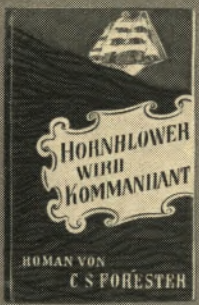
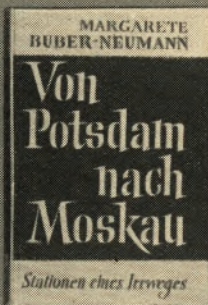
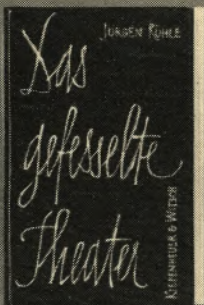
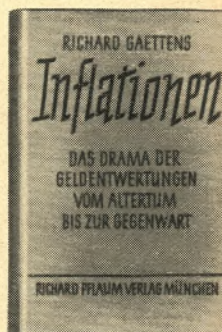
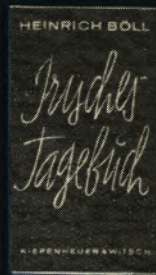
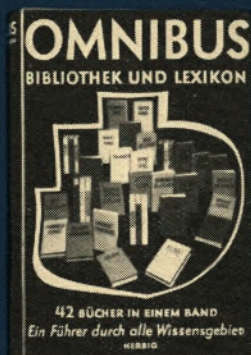
Da begegnen sich zwei Frauen beim Kaufmann. Sie müssen etwas warten. Das Gespräch dreht sich um das Wetter, die Kinder und um das eigene Befinden. „Wie geht's?“ „Ach, ich habe mal wieder solche Kopfschmerzen!“ — „Sie auch?“ „Ja, denken Sie, auch mir geht es so. Aber da habe ich ganz ausgezeichnete Tabletten, ein ganz neues Präparat. Die habe ich immer bei mir; nehmen Sie sie mal, gleich wird es besser sein.“

Solch ein Gespräch wird wohl täglich einige tausend Male geführt. Die Tablette — das ist die Rettung. Auch daß es ein neues Präparat ist, wird richtig sein. Aber neu ist nur der Name. Was drin ist, das gibt es in gleicher oder ähnlicher Zusammensetzung seit 30 oder mehr Jahren, vielleicht bei 100 Arzneimittelfirmen. Und so ist es mit den Tabletten gegen Kopfschmerzen, bei Schlaflosigkeit, bei innerer Unruhe, bei Verstopfung usw. Es ist ja so bequem — bei Bedarf oder 3 x tgl. eine Tablette — und es hilft auch, und darum nimmt man sie am nächsten Tag wieder und am dritten auch, und dann werden es auch schon mal mehr Tabletten am Tag, als es nötig ist. Man ist ja versichert. Die Kasse soll ruhig zahlen. Irgendeine kleine Beschwerde — her mit der Tablette oder den Tropfen.

Mit großer Sorge verfolgen die Ärzte den ständig steigenden Verbrauch an Arzneimitteln. Es gibt z. B. in Deutschland 48000 Spezialpräparate; jeden Tag kommen zwei neue dazu. Von diesen 48000 sind nur die bekanntesten 7000 in der „Roten Liste“, die jeder Arzt auf dem Schreibtisch hat, enthalten. Aber auch diese 7000 kann schon lange kein Arzt oder Apotheker mehr übersehen. Hierbei sind viele hervorragende Mittel, die kein Arzt in seinen Verordnungen mehr missen möchte. Aber noch kann jeder, der das möchte, in einer Waschküche oder sonstwo eine Firma zur Herstellung von Arzneimitteln aufmachen. Was er herstellt, legt er zur Prüfung vor; wenn es nicht zu beanstanden ist, dann kann er es produzieren. Es gibt viele gute, seriöse, verantwortungsbewußte alte Arzneimittelfirmen. Aber wer glaubt, daß die vielen kleinen Betriebe, die nach dem Kriege wie Pilze aus der Erde geschossen sind, nur um das Wohl der Mitbürger besorgt sind? Ist da nicht vielfach reiner Geschäftssinn am Werke, der sich die Situation unserer Mitmenschen mit der Fülle ihrer kleinen Beschwerden, zunutze macht?

Ja, darin liegt die Ursache: In der ungesunden, nicht mehr einer natürlichen Ordnung entsprechenden Lebensweise des heutigen Menschen — vielfach mit zu wenig Bewegung, zu viel Sitzen, überreichlicher Ernährung, wachsender Bequemlichkeit, viel Unruhe, viel Hast, mehr Freizeit und doch oft keiner Zeit für das, was nötig täte: Besinnung. — Diese Lebensweise ist es, die die Fülle der großen und kleinen Beschwerden mit sich bringt. Und dann nimmt man eben Tabletten oder Tropfen.

In Amerika kann man Tabletten aus dem Automaten ziehen. Geht es denn aber auch nicht sehr oft anders? Wie machten es denn unsere Eltern und Großeltern? Da gab es z. B. die guten alten Tees. Gegen Husten, zum Schwitzen, zum Abführen, gute einfache Dinge waren es. Sie halfen. Und unsere Mütter verstanden damit umzugehen. Und sie verstanden auch zu warten. Denn die Krankheit mußte ja heraus. Und einfache Wasseranwendungen schafften Linderung. Brustwickel, Wadenwickel, Abwaschungen. Alle diese alten guten und einfachen Hausmittel wurden genutzt. Und ihrer sollten wir uns wieder mehr bedienen. Wieviel Möglichkeiten der Selbsthilfe, die so oft heutzutage ungenutzt bleiben.



Die Bücherkiste

André Dhôtel: Das Land, in dem man nie ankommt. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 290 S.

Dies ist die reizende Geschichte von dem jungen Gaspard und der kleinen Helene, zwei Ausreißern, die das „große Land“ suchen. Über Berge und durch Täler führt die Suche, über Flüsse und Meere, von den Ardennen — der Heimat des Autors — bis zu den Bermudas. Schließlich aber sucht Gaspard auch Helene, und findet sie auch. Vom ersten Satz an verfällt der Leser dem unerschöpflichen Erzählertalent des Verfassers.

Hans Weigel: Kleiner Knigge für Unpünktliche. Wilhelm Andermann Verlag, Wien u. München. 192 S. mit vielen Zeichnungen von Margarete Springer.

Der Wiener Hans Weigel, mit Leib und Seele Kritiker, hat sich als Objekt für seine satirisch-kritische Betrachtung die Unpünktlichkeit ausgesucht. Mit weanerischem Charme zieht er gegen die Ewigzuspätkommenen zu Felde. Fazit: „Pünktlichkeit, sagt man, ist die Höflichkeit der Könige. Aber müssen überzeugte Republikaner ihre politische Gesinnung demonstrieren, indem sie unpünktlich sind?“

Margareta Süber: Die Himmelsinsel. Karl Rauch-Verlag, Düsseldorf. 193 S.

Sardinien, die steile Felseninsel, fremd und geheimnisvoll, bildet den Hintergrund zu diesem Buch, in dem uns die Verfasserin teilnehmen läßt an dem Schicksal der Menschen an der Küste und in den zerklüfteten Bergen. Hier herrscht noch die Blutrache, die Vendetta, die in dem Roman ihr Opfer fordert. Mit starkem Einfühlungsvermögen läßt die Autorin ihre Leser die Handlung unmittelbar miterleben.

Omnibus. Bibliothek und Lexikon. F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, Berlin. 1068 S., 2218 einfarbige und 415 farbige Abbildungen, 20 Landkarten.

Nicht weniger als 40000 Stichwörter umfaßt dieses neue Handbuch, das in seiner gesamten grafischen und inhaltlichen Gestaltung ein Spitzenprodukt auf dem

Büchermarkt darstellt. Seinem Namen entsprechend (omnibus = für alle), ist der Interessentenkreis des Werkes praktisch unbegrenzt. Die Ordnung des ungeheuren Wissensstoffes bietet die Möglichkeit, nicht nur vergessenes Wissensgut wieder aufleben zu lassen, sondern sich auch dem Studium eines bestimmten Wissensgebietes hinzugeben.

William Saroyan: Ich hab dich lieb, Mama. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 243 S.

Saroyan ist einer der genialsten Erzähler der Gegenwart. Dieser neue Roman wird von einem Kind erzählt, das seine Mutter liebt, wie Kinder ihre Mutter lieben, auch wenn diese geschieden ist und als Mitterleiderin eine große Liebe zum Theater hat. In New York findet sie noch einmal ihre große Chance als Schauspielerin, allerdings durch die Kleine, der man eine Hauptrolle in einem Kinderstück anvertraut. Kurzum: es handelt sich um ein erzählerisches Kunstwerk.

Heinrich Böll: Irisches Tagebuch. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln. 156 S.

Wahrhaft meisterlich schildert H. Böll die herben Schönheiten der „grünen Insel“. Das Buch ist alles andere als ein Reisebericht im üblichen Sinne. In konzentrierten, mit schöner sprachlicher Disziplin geschriebenen Prosastücken setzt der Autor ein kunstvolles Mosaik Irlands zusammen. Dabei erfährt man viel Aufschlußreiches über Schicksal und Geschichte des irischen Volkes und seiner idyllischen, aber auch tränenreichen Insel.

Jürgen Rühle: Das gefesselte Theater. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln. 456 S. und 16 Fotografien.

Die Welt des Theaters, die an Talenten reiche Bühnenepoche zwischen 1910 und 1925, wird lebendig in Rühles Buch, das insbesondere eine Untersuchung des kommunistischen Theaters ist. Der Verfasser, jahrelang Feuilleton-Redakteur einer Ostberliner Zeitung, weiß zu berichten, wie grausiger Mechanismus und Parteischolastik über wahrer Kunst

triumphieren vermögen. Gorki, Meyerhold, Brecht und viele andere werden beschrieben.

Margarete Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. 468 S.

Was Margarete Buber-Neumann, einst führende KPD-Funktionärin, hier schildert, hat sie „Stationen eines Irrweges“ genannt. Es ist der Weg aus einem wohlhabenden, bürgerlichen Elternhaus in Potsdam in die „völkischen“ Reihen, in die Kommunistische Partei, wo sie auch ihren späteren Mann kennenlernte, einen Sohn Martin Bubers. Ihr zweiter Mann, Heinz Neumann, ebenfalls Kommunist, ist führendes Mitglied des Politbüros der KPD. Nach Hitlers Machtergreifung fliehen sie in die Sowjetunion. Heinz Neumann wird während der großen „Säuberung“ von der NKWD erschossen, die Verfasserin in ein Konzentrationslager gesteckt und später mit zahlreichen anderen deutschen Kommunisten von den Russen der Gestapo ausgeliefert. Ein erschütterndes Buch, ein politisch-historisches Dokument.

C. S. Forester: Hornblower wird Kommandant. Wolfgang Krüger Verlag, Hamburg. 341 S.

Forester's Hornblower-Romane gehören zu den literarisch wertvollsten Abenteuerbüchern der Welt. Sie spielen im Jahrhundert Napoleons, als England den Seekrieg gegen den unüberwindlich erscheinenden Korsen entfachte. Diesmal erleben wir Hornblower als jungen Kapitän, wie er zum erstenmal das Kommando über ein Kriegsschiff erhält und eine ganze Reihe von Abenteuern zu bestehen hat.

Irving Stone: Fremd im eigenen Haus. Universitäts Verlag, Berlin. 551 S.

Dieser biographische Roman, der Leben und Wirken des bedeutenden Sozialisten Eugen V. Debs zum Inhalt hat, ist voll dichterischer Gestaltung, aber auch voller Spannung und Erregung. Wir erleben in Debs den Typ des echten amerikanischen Arbeiters, wie er um die Jahrhundert-

wende vom Lokomotivheizer zum Stadtsekretär und Abgeordneten aufsteigt, die erste Eisenbahnergewerkschaft gründet und schließlich zum Führer des amerikanischen-demokratischen Sozialismus wird.

Jos. Seb. Schall: Suez. Verlag August Lutzeyer, Baden-Baden u. Frankfurt a. M. 337 S.

Die Ereignisse im Nahen Osten, das politische Spiel um den Suez-Kanal, verleihen diesem Buch, dem „Roman eines Kanals“, wie es im Untertitel heißt, eine große Aktualität. Es ist ein Tatsachenroman um eine welthistorische Idee: den kühnen Durchbruch von Meer zu Meer. Wir erleben Ferdinand Lesseps, den Österreicher Negrelli, den eigentlichen Urheber dieser Großidee und nehmen teil an den Ereignissen vom ersten Spatenstich bis zur Einweihung.

Richard Gaetgens: Inflationen. Richard Pflaum Verlag, München. 322 S.

Das Drama der Geldentwertungen vom Altertum bis zur Gegenwart ist der Inhalt dieses bemerkenswerten Buches, das nicht nur dem Fachmann, sondern auch dem interessierten Laien die Zusammenhänge klarmacht zwischen Währung und privatem und öffentlichem Leben. Der Autor, der die Vorgänge aus den politischen und wirtschaftshistorischen Gegebenheiten zu erklären versucht, legt hiermit zum erstenmal eine geschlossene Darstellung des Phänomens der Inflation vor.

Elian J. Finbert: Pioniere der Hoffnung. Karl Rauch-Verlag, Düsseldorf. 353 S.

Immer wieder werden die Blicke der Weltöffentlichkeit auf Israel gelenkt, jenes Land im Nahen Osten, das nach wie vor im politischen Mittelpunkt steht. Jedenfalls aber war die „Heimkehr des israelischen Volkes“, wie die Juden die Besiedlung Israels nennen, ein Ereignis, das vielleicht nur mit den Taten der Einwanderer Nordamerikas verglichen werden kann. Auch dort trafen sich Menschen aus fast allen Teilen der Erde, „Pioniere der Hoffnung“, um sich eine Heimat zu schaffen.

ZUM THEMA VERKEHRSSICHERHEIT

Würden Sie sich richtig verhalten haben?

EINE VERKEHRSBELEHRUNG IM GERICHTSSAAL KOMMT MEIST ZU SPÄT

Angeklagter: „Ja, also, da fuhr ich auf der Landstraße von Amheim nach Neudorf. Die Straße ist recht gut, und da fuhr ich schon so meine achtzig Sachen. Und nun, vielleicht einen Kilometer vor Neudorf, sah ich einen Radfahrer, der auf einem Feldweg an die Straße heranfuhr.“

Angeklagter: „Von rechts. Da ich die Vorfahrt hatte, fuhr ich...“

Staatsanwalt: „Warum meinen Sie, daß Sie die Vorfahrt hatten?“

Angeklagter: „Ich fuhr doch auf einer großen Landstraße, während der Radfahrer auf einem Feldweg daherkam! Bei der Durchfahrt durch Amheim

in meine Straße einbiegen, sondern warten würde, bis ich vorbei war. Aber er kümmerte sich gar nicht um mich; er radelte mir direkt in die Fahrbahn, und wir stießen zusammen. Er hat sein Leben durch seinen eigenen Leichtsinn verloren. Außerdem hat er aber auch noch mich in Gefahr gebracht!“

mußte glauben, unbesorgt in die Kreisstraße einbiegen zu können. Was aber geschieht? Der Angeklagte fährt unbekümmert mit einer Geschwindigkeit von 80 km/h weiter! Der Radfahrer, immer noch auf sein Vorfahrtsrecht bauend, blickt nicht mehr nach links, von wo sich der Angeklagte mit unverminderter Geschwindigkeit nähert, er biegt — immer im Bewußtsein, sich richtig zu verhalten — in die Kreisstraße ein — und wird in diesem Augenblick von dem heranrasenden Angeklagten angefahren, vom Rad geschleudert und dabei getötet. Hohes Gericht, ich beantrage, den Angeklagten nach § 13 StVO*) der fahrlässigen Tötung schuldig zu sprechen!“

Gericht: „Angeklagter, Sie haben das letzte Wort!“

Angeklagter: „Ich habe keine Schuld an dem Unfall. Schließlich bog der Verunglückte völlig verkehrswidrig aus einem unbedeutenden Nebenweg in eine Hauptstraße ein. In diesem Falle kann der Grundsatz „rechts vor links“ wohl kaum gelten. Letztenendes entspricht es wohl auch nicht der Verkehrspraxis, daß derjenige, der sich mit einem Fahrzeug auf einer Hauptstraße befindet, demjenigen die Vorfahrt läßt, der aus einem Nebenweg einbiegt. Sollten Sie, Herr Richter, jedoch zu der Ansicht kommen, daß dem Radfahrer die Vorfahrt zugestanden hat, so beruht meine Handlungsweise doch gewiß auf einem Irrtum, für den ich nichts konnte, weil ich glaubte, das Vorfahrtsrecht zu haben. Ich bitte um Freispruch!“



Staatsanwalt: „Wie war der Feldweg?“

Angeklagter: „Na, etwa 3,50 m breit, befestigt, aber nicht asphaltiert.“

Staatsanwalt: „Und von wo kam der Radler, von rechts oder links?“

ist die Landstraße sogar ausdrücklich als Vorfahrtstraße gekennzeichnet; alle ihre Seitenstraßen haben das Vorfahrts-Dreieck. Also — da ich auf der Hauptstraße war, durfte ich wohl annehmen, daß der Radfahrer nicht

Staatsanwalt: „Hohes Gericht! Der Angeklagte gibt selbst zu, beobachtet zu haben, daß der Radfahrer sich der Landstraße näherte — auf seine Vorfahrt vertrauend, denn der Angeklagte kam für ihn von links! Der Radfahrer

*) § 13 StVO: An Kreuzungen und Einmündungen hat die Vorfahrt, wer von rechts kommt. Abweichend davon hat die Vorfahrt, wer eine durch ein gelbes Bundesstraßen-Nummernschild oder ein auf die Spitze gestelltes rotweißes Quadrat gekennzeichnete Straße benutzt.

Wie urteilte das Gericht?

Das Schöffengericht in Rheine hat in diesem Fall folgendermaßen entschieden:

Die Vorfahrtsregelung innerhalb einer Ortschaft hat außerhalb der Ortschaft für die Straße keinerlei Bedeutung mehr. Ob sie auch außerhalb eine Vorfahrtstraße ist, hängt nur davon ab, ob an ihr (auch nur hin und wieder) die gelbe Straßenummer oder das rot-weiße Quadrat aufgestellt ist.

Da die Landstraße, auf der sich der Unfall ereignete, außerhalb der geschlossenen Ortschaften keine Beschilderung aufweist, ist sie auch keine Vorfahrtstraße. Dadurch gilt dort uneingeschränkt der Grundsatz „rechts vor links“ — auch bei Einmündungen von verhältnismäßig unbedeutenden Nebenstraßen oder Nebenwegen

(Ausnahmen machen nur Fußwege, Grundstücksausfahrten oder völlig nebensächliche Feld- und Waldwege, die nicht dem allgemeinen Verkehr dienen).

Der Angeklagte hat also die Vorfahrt verletzt. Er kann sich aber auch nicht darauf berufen, er sei einem unverschuldeten Irrtum unterlegen, denn er habe ganz sicher geglaubt, sich auf einer Vorfahrtstraße zu befinden. Zuerst muß sich jeder Kraftfahrer nach dem Grundsatz „rechts vor links“ richten! Jede andere Vorfahrtsregelung ist eine Ausnahme, und er muß sich dann über das Vorliegen einer Ausnahme sicher sein. In Zweifelsfällen aber muß er sich nach der Grundregel „rechts vor links“ richten.

Der Angeklagte wird wegen fahrlässiger Tötung zu vier Monaten Gefängnis (mit Bewährung) verurteilt.